

Die IWB suchen neue Kundenfelder

Claus Schmidt folgt als CEO bei den Industriellen Werken Basel auf David Thiel

Von Martin Regenass

Basel. Wenn Claus Schmidt spricht, ist es schwierig einzuschätzen, woher er stammt. In seiner Stimme schwingen die Laute in einer Mischung zwischen Baseldeutsch und Allemannisch. «Mein Akzent ist ein Gemisch aus Allerlei, aber aufgewachsen bin ich in Weil am Rhein», sagt Schmidt.

Am Mittwoch hat ihn der Verwaltungsrat unter der interimistischen Leitung von Benedikt Weibel zum neuen Direktor der Industriellen Werke Basel (IWB) gewählt, gestern wurde er den Medien vorgestellt. Der 49-Jährige folgt damit auf David Thiel, der seinen Posten 2008 antrat, als die IWB noch in die kantonale Verwaltung eingegliedert waren. Thiel wurde Mitte November freigestellt. Er folgte dem ehemaligen Verwaltungsratspräsidenten Michael Shipton, der die IWB Ende September verliess. Zu dem starken Erdbeben in der Führungsetage haben Differenzen bezüglich der künftigen Ausrichtung des Energieunternehmens geführt, wie der zuständige Regierungsrat Christoph Brutschin (SP) Ende Oktober vor Medien sagte.

Diese Zukunft zu meistern, liegt nun in den Händen von Schmidt. Der promovierte Physiker, Mathematiker und Informatiker – er hat an der Universität Basel studiert – sitzt seit April 2016 in der Geschäftsleitung der IWB und führte bis zu seiner Berufung zum CEO den Geschäftsbereich Management Services. Bis 2003 war er als Strategieberater für Accenture in Zürich tätig. Anfang 2004 gründete Schmidt gemeinsam mit Partnern das Schweizer Management-Beratungsunternehmen Advisory House. Die Firma hat heute Tochterunternehmen in Deutschland, Österreich und Grossbritannien und zählt zu Europas führenden Beratungsfirmen in der Energiewirtschaft.



Gespräche mit Mitarbeitenden. Der neue Direktor Claus Schmidt will sich in einer ersten Phase viel Zeit für seine Angestellten nehmen. Foto Kostas Maros

Die Zeiten bei Energiedienstleister wie den IWB waren auch schon einfacher. Geschuldet ist dieser Umstand auch den neuen Energiegesetzen sowohl auf kantonaler wie auch eidgenössischer Ebene. Sie verlangen den Ausstieg aus den fossilen Energien wie Erdöl und Erdgas. «Die Branche befindet sich in einem fulminanten Wandel. Sie steht mit der Dekarbonisierung, der Digitali-

sierung, der Dezentralisierung sowie der Liberalisierung im Strommarkt in einem komplexen Marktumfeld», sagt Schmidt.

Stromgeschäft straffen

Ziele des verheirateten Direktors seien es unter anderem, das Wasser- und Stromgeschäft der IWB noch effizienter zu gestalten sowie das Unter-

nehmen noch stärker auf die Kunden auszurichten. «Diesen Weg konsequent weiterzugehen, dafür stehe ich mit aller Zielstrebigkeit ein.»

Das Geschäft noch stärker auf die Kunden auszurichten, bedeutet laut Schmidt, ihm neue Produkte anzubieten. Wie die kürzlich von den IWB lancierte Solarbox. Dabei können Hauseigentümer zusammen mit den IWB eine Solaranlage planen und bauen. Der Energieproduzent speichert überschüssigen Strom auf einem sogenannten virtuellen Speicher, und der Kunde kann ihn dann abrufen, wenn die Sonne nicht scheint. Die Ertragsüberwachung und Buchhaltung übernehmen die IWB. Diese erfolgt auch über sogenannte digitale Messsysteme wie Smartmeters.

Gerade bei diesem Ausbau im Kundenbereich üben Installateure aus dem Gewerbe immer auch wieder Kritik an den IWB. So zum Beispiel Heizungsinstallateure, die ihr Geschäft durch die Expansion der IWB ins Wärmepumpenbusiness bedroht sehen. Schmidt: «Es wird Fragen geben, wie wir uns abgrenzen. Allerdings schaffen wir mit unserer Infrastruktur auch einen Markt, wo andere Unternehmen profitieren können.»

Als grösste Herausforderung sieht Schmidt den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wie Öl und Gas, um die Häuser zu heizen. Ein möglicher Ersatz bietet hier das Basler Fernwärmenetz, um Heizwärme zu erzeugen. Doch dieses ist längst nicht in allen Quartieren verfügbar. Schmidt: «Wir müssen schauen, wie wir diesen Ausbau wirtschaftlich gestalten können.»

Auf die Frage, was Schmidt besser machen wolle als sein Vorgänger Thiel, antwortet er in Basel wohnhafte neue IWB-Direktor diplomatisch. «Ich schaue nicht in die Vergangenheit, sondern in die Zukunft.»

Petition für sozial Schwache

SP gegen Bürgerliche

Von Serkan Abrecht

Basel. Anfang Februar herrschte Euphorie bei den Bürgerlichen im Grossrat. Mit einem haudünnen Mehr von 47 zu 46 Stimmen boxten sie das Budgetpostulat von David Wüest-Rudin (GLP) durch. Der Kanton musste deshalb sein Budget von 2019 auf dem Stand des vorjährigen Budgets einfrieren. Nun muss der Kanton 40 Millionen Franken sparen. Die SP befürchtet, dass er dies nun auf Kosten von sozial Schwächeren tun wird.

In einer Pressemitteilung kündigte die SP gestern Donnerstag eine Petition an, um Unterschriften gegen «Abbaumassnahmen im Sozialbereich» zu sammeln. «Dass es dem Kanton Basel-Stadt wirtschaftlich so gut geht, soll doch allen Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen. Wir stehen deshalb für die lange Tradition des «sozialen Basels» ein. Sie ist Teil unserer Lebensqualität», lässt sich Grossrätin Sasha Mazzotti in der Mitteilung zitieren.

Konkret fordern die Sozialdemokraten, dass bei den Prämienverbilligungen, die an ein Drittel der Basler ausbezahlt werden, nicht gespart wird. Auch bei den Ergänzungsleistungen der AHV und IV dürfe auf keinen Fall gespart werden. Weiter seien die Beiträge an Mietzinsen an Eltern und Alleinerziehende gerade bei den steigenden Mietzinsen substanziell.

«Die SP sammelt nun während einem Monat Unterschriften, um die sozialen Errungenschaften in Basel zu erhalten und der bürgerlichen Kürzungsideologie eine Absage zu erteilen», schreibt die Partei weiter. Dadurch solle der Druck erhöht werden, damit die Abbaumassnahmen, die mit dem Budgetpostulat von Wüest-Rudin verbunden sind, nicht umgesetzt werden. Doch egal wie viele Unterschriften die SP zusammenbekommt – die Petition ist nicht rechtlich bindend.

UKBB schreibt rote Zahlen – Kritik an Berset

Tarifmodell verhindere kostendeckende Finanzierung

Von Christian Keller

Basel. Es waren ernste Mienen, mit denen die Verantwortlichen des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) am Donnerstag das Jahresergebnis 2017 präsentiert haben. Hatte es 2016 noch knapp für eine schwarze Null gereicht, resultierten letztes Jahr rote Zahlen. Verwaltungsratspräsident Manfred Manser, Direktor Marco Fischer und Finanzchef Lukas Erb gaben für 2017 einen Verlust von 2,7 Millionen Franken bekannt. Ohne Sonderfaktoren hätte das Minus sogar 3,9 Millionen Franken betragen.

Für die UKBB-Führung ist klar, worin die Misere gründet. Der Hund liege beim Tarifmodell begraben, das eine vernünftige Kinderspitalfinanzierung einfach nicht zulasse. «Obwohl das UKBB nachweislich effizient und mit hoher Qualität arbeitet, werden die erbrachten Leistungen nicht kostendeckend vergütet», erklärte Manser. Bereits vor einem Jahr hatte das UKBB in einem Brief Bundesrat Alain Berset (SP) vorgeworfen, eine «Sparübung auf dem Buckel der kranken Kinder und Jugendlichen vorzunehmen». Konkret ging es um den Beschluss des Gesundheitsministers, wonach Konsultationen bei Ärzten fortan nur noch 20 Minuten dauern dürfen. Eine Zeitlimite, die auch für die Kindermedizin gilt und «völlig daneben» sei, wie UKBB-Direktor Fischer 2017 kritisierte. Die Behandlungen von Kindern würden ungleich länger dauern als bei Erwachsenen und seien aufwendiger.

Durchgedrungen ist das UKBB mit seinen Protestrufen bislang nicht, auch wenn es an seiner Seite die ebenfalls selbstständigen Kinderspitäler in Zürich und Sankt Gallen weiss. Die finanziellen Folgen von Bersets Übung, mit der dieser 700 Millionen Franken einsparen will, treten in der Rechnung 2017 zutage. «Die prophezeite Kata-

strophe ist jetzt eingetroffen», sagte Fischer vor den Medien. Zwar würden die politischen Akteure allesamt Verständnis für die spezielle Situation der Kinderspitäler zeigen – «aber niemand macht etwas».

Besserung ist nicht in Sicht: Für das Geschäftsjahr 2018 wurde laut Finanzchef Erb ein Defizit von 4,3 Millionen Franken budgetiert. Der negative Ausblick dürfte die Staatskassen beider Basel belasten: Bereits heute unterstützen die Kantone das UKBB mit gemeinwirtschaftlichen Leistungen von zehn Millionen Franken. «Es war nie die Idee, dass die Kantone auf diese Weise für Defizite aufkommen. Das kann nicht angehen. Die Tarifstruktur muss angepasst werden», forderte Manser.

Krach mit Invalidenversicherung

Prägend für das UKBB-Management war 2017 eine laufende Auseinandersetzung mit der Invalidenversicherung. Bei der Festlegung des Basispreises konnte keine Einigung erzielt werden. Nach langem Hin und Her scheiterten die Verhandlungen an Weihnachten. Statt dem «im Minimum» benötigten Basispreis von 12 000 Franken liegt die Vergütung gegenwärtig bei 11 000 Franken. UKBB-CEO Fischer fand deutliche Worte: «Die IV schaltet auf stur und drückte die Preise herunter, bis das Blut kam. Ein Geschäftsgebaren, das uns unverständlich ist.» Es sei eine langwierige juristische Auseinandersetzung zu befürchten.

Warum die medizinische Betreuung von Kindern mit jener von Erwachsenen nicht vergleichbar sei, führte der ärztliche Direktor Urs Frey gestern am Beispiel von Rheumaerkrankungen vor Augen. Generell hielt er fest, dass die meisten Patienten am UKBB unter seltenen oder sehr schwierigen Krankheiten litten, «die langwierige und teure Behandlungen nach sich ziehen». Eine klare Botschaft an Bundesrat Berset.

Die Angebote werden ineinander verwoben

Blaues Kreuz und die multikulturelle Suchtberatung haben sich zusammengeschlossen



In Stimmung. Stiftungsrat Marc Joset, RR Lukas Engelberger, Mara Hermann-Aita, Mitglied der Geschäftsleitung, Petra Mylius, Geschäftsleitung ad interim Blaues Kreuz und Musub, Martin Kofmel, Mitglied der Geschäftsleitung (v. l.). Foto Kostas Maros

Von Christian Fink

Basel. Die Stiftung «Blaues Kreuz beider Basel» (BKBB) und der Verein «Multikulturelle Suchtberatung beider Basel» (Musub) betrieben ihre Suchtberatungsstellen bis vor Kurzem an der Nauenstrasse – gerade mal 80 Meter voneinander entfernt. Jetzt sind die beiden Institutionen in einem gemeinsamen Domizil an der Peter-Merian-Strasse 30 einquartiert. Damit einher ging der Zusammenschluss zu einer einzigen Einrichtung, die in Liestal eine weitere Anlaufstelle führt.

Dem Zusammenschluss unter der neuen «Stiftung Blaues Kreuz/Musub beider Basel» ging ein zweijähriger Prozess voraus. Dieser sei hervorragend gelaufen, so der Präsident von Musub beider Basel, Stefan Adam. In dem rund zwei Jahre dauernden Prozess sei es ihnen gelungen, die grösstmögliche Gemeinsamkeit zu finden, ohne dass die spezifische Kultur der beiden Einrichtungen hätte aufgegeben werden müssen. Keine Selbstverständlichkeit. Das Blaue Kreuz ist 130 Jahre alt,

gewissermassen eine historische Einrichtung; Musub beider Basel besteht gerade mal seit zwanzig Jahren. Auch die Beratungsausrichtungen sind unterschiedlich: Beim Blauen Kreuz stehen unterschiedliche Suchtformen und psychosoziale Fragestellungen im Vordergrund. Die Stiftung bietet unter anderem Beratung und Unterstützung für Betroffene, Angehörige und Arbeitgeber sowie das ambulante Entzugs- und Stabilisierungsprogramm an. Es bietet Rat bei behördlichen Massnahmen und verbeiständet im Auftrag der Behörden. Die Einrichtung ist auch in der Prävention tätig.

4700 Gespräche geführt

Bei Musub liegt der Schwerpunkt bei der Migration. Beraten wird in elf Sprachen. Zum Angebot gehören ambulante, psychiatrische Begleitungen. Vermittelt werden stationäre Entzüge und Therapien. Die Einrichtung ist jedoch auch Anlaufstelle für häusliche Gewalt, berät bei Online- und Glücksspielsucht, ausserdem bei Fragen rund um Aufenthalt, Arbeit, Budget oder Schulden-

sanierung. Zusammen führten die beiden Institutionen im vergangenen Jahr nahezu 4700 Beratungsgespräche. Die Angebote werden auch in der neuen Einheit weitergeführt und zunehmend ineinander verwoben. Der Prozess ist also noch keineswegs abgeschlossen.

Den Horizont erweitern

Die Zusammenführung unterschiedlicher Kulturen sei immer zugleich auch eine Horizonterweiterung, so Mara Hermann, Mitglied der Geschäftsleitung. «Das schätzen wir. Wir freuen uns, das Know-how der beiden Teams zu bündeln und Synergien zu nutzen.» Bereits sind gemeinsame Projekte geplant. Wichtiges Anliegen ist es, «unsere fachlichen Kompetenzen zu nutzen, um dem Menschen und dessen ganz persönlicher Lebenswelt sowie dessen Bedürfnissen gerecht zu werden».

Gestern Abend wurde der Zusammenschluss im neuen Domizil gefeiert, im Beisein von Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger und Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger.